

2011

www.smartinvestor.de

September 2011 / 10 EUR

Smart Investor

Smart Investor

Das Magazin für den kritischen Anleger

2011



SONDERAUSGABE

Gutes Geld

Wie Geld in die Welt kommt,
woran das herrschende System krankt
und was eine gesunde Geldordnung ausmacht

Eine „österreichische Welt“

Wie sähe eine Gesellschaft aus, die über eine wettbewerbliche Geldordnung verfügt?

von Ralf Flierl

Wenn man sich all die Punkte vergegenwärtigt, die in dieser Ausgabe bezüglich „Guten Geldes“ beschrieben werden, so stellt sich natürlich die entscheidende Frage: Wie sähe denn eine solche Gesellschaft aus, in der es kein von Staatswegen aufgezwungenes, sondern ein wettbewerbliches Geld gäbe? Wäre diese Welt anders, einfacher oder gar besser als die jetzige? Einige wichtige Aspekte, insbesondere hinsichtlich der Finanzindustrie und der Börse, hatten wir bereits in der Titelgeschichte der Ausgabe 8/2010 beschrieben (dort im Artikel „Durch die österreichische Brille“ auf S. 51). Der hier vorliegende Beitrag soll eine Weiterführung in den Bereichen Gesellschaft, Sozialwesen und Politik bringen. Da es sich um eine utopische – und aus Sicht des Autors wünschenswerte – Welt handelt, wurde vornehmlich im Konjunktiv formuliert.



Smart Investor 8/2010

Freiheit und Eigentum

In einer solchen „österreichischen Welt“ könnten die Menschen maximale Freiheit und absoluten Schutz ihres Eigentums genießen. Dies klingt erst einmal fabelhaft. Wer will denn nicht frei sein und Eigentum haben? Aber ganz so einfach ist das nicht. Denn für Freiheit muss man auch bereit sein und mit Eigentum muss man auch umgehen können, was an folgender Überlegung verdeutlicht werden soll:

Steuern und Sozialabgaben

Der Staat würde in einer solchen Welt vermutlich auf ein Minimum reduziert sein, d.h. die Einkommensteuern wären auf einem niedrigen Satz (z.B. 10%) und Konsumsteuern und Sozialabgaben gäbe es vermutlich gar nicht.¹⁾ Damit wäre der Anteil des Staates am gesamten Wirtschaftsgeschehen nur minimal, eine Verschuldung wäre ihm obendrein kaum möglich. Dies hätte zur Folge, dass den Menschen ein ungleich höherer Betrag (z.B. 90%) von ihrem Einkommen verbliebe, als dies heute der Fall ist. Der finanzielle Gestaltungsspielraum wäre also dementsprechend sehr viel größer, was mehr Freiheit bedeutet. Allerdings wären die Menschen damit gezwungen, sich um

1) Konsumsteuern (wie z.B. Mehrwertsteuer) treffen übrigens in erster Linie die untere Sozialschicht, weil dort der Anteil des Konsums am Gesamteinkommen sehr hoch ist.

Ralf Flierl ist Gründer und Geschäftsführer der Smart Investor Media GmbH sowie Chefredakteur des Magazins Smart Investor. Zudem ist er verantwortlich für den wöchentlich erscheinenden Börsen-Letter Smart Investor Weekly. Vor seiner jetzigen Tätigkeit war er unter anderem Wertpapieranalyst bei der FINANZWOCHE (Dr. Jens Ehrhardt). Der 1965 in der Nähe von Regensburg geborene Flierl ist verheiratet und lebt seit 1986 in München, wo er auch sein Studium der Betriebswirtschaft absolvierte.



bisher staatlicherseits organisierte Angelegenheiten selbst zu kümmern, z.B. um Bildung oder Vorsorge für den Krankheitsfall. Das bedeutet: Die Menschen müssten das Mehr an finanziellen Mitteln selbstständig so einsetzen, dass sie und ihr Eigentum (auch Körper, Seele und Geist sind Eigentum des Menschen) maximalen Nutzen davon haben. Dieser Gedanke klingt für die meisten von uns recht befremdlich, aber mal ganz ehrlich: Wer weiß denn besser um seine eigenen Bedürfnisse Bescheid als ein Mensch selbst? Ein übergeordneter, unpersönlicher Staat bestimmt nicht!

Sozialwesen

Wäre denn eine solche Gesellschaft nicht von Egoismus und Asozialität²⁾ geprägt? Hierzu gilt es zu beachten, dass die Freiheit jedes einzelnen Menschen immer dort endet, wo die Freiheit des anderen Menschen beginnt. Wenn also staatliche Vorschriften für das Zusammenleben so gering und so einfach wie möglich ausgestaltet sind, so werden die Menschen zwangsläufig umsichtiger und sozialer mit ihren Mitmenschen umgehen. Beispiel 1: Einige kleinere Städte in Mitteleuropa hatten versuchsweise alle Verkehrsampeln abgeschaltet, woraufhin die Vorsicht unter den Autofahrern deutlich zunahm und die Zahl der Unfälle zurückging. Zwar stellt auch die Rechts-vor-Links-Regel eine staatliche Vorgabe dar, allerdings eine, welche doch sehr viel mehr persönlichen Gestaltungsspielraum zulässt als eine Ampel. Beispiel 2: In den USA, wo das staatliche soziale Netz weitaus weniger ausgefeilt ist, sind die Privatinitiativen

2) Unter Asozialität wird ein von der geforderten oder anerkannten gesellschaftlichen Norm abweichendes Individualverhalten verstanden.

zur Hilfe von Bedürftigen deutlich ausgeprägter als in Europa. Hier verlässt man sich in Sachen Soziales regelmäßig auf den Staat.

Die weit verbreiteten Phänomene wie Sozialbetrug, Schwarzarbeit, Steuerflucht und -hinterziehung werden in unserer Zeit zu den schlimmsten Auswüchsen des Egoismus und der Asozialität gezählt. Wenn aber die Einkommensteuersätze sehr niedrig wären und Konsumsteuern und Sozialabgaben gar nicht existierten, dann hätten sowohl Arbeitnehmer als auch -geber sowie reiche und arme Menschen gar keine Anreize mehr, (riskante und komplizierte) Vermeidungs- oder Erschleichungsstrategien zu verfolgen. Dies wiederum aber würde einen positiven Effekt auf die Steuereinnahmen des Staates haben. Jeder – Konsument, Bürger, Unternehmen, Staat –, alle wüssten genau, woran sie sind. Und dies ist die beste Voraussetzung für effiziente Anreize.

All dies bedeutet übrigens nicht, dass unser Utopie-Staat ohne Sozialwesen auskommen müsste. Es wäre eben nur auf Gemeindeebene oder sogar auf freiwilliger privater Ebene organisiert. So wäre der Anreiz auch viel größer, „Sozialfälle“ nicht nur zu verwalten, sondern in einer adäquaten Weise wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

Nähe und Transparenz

Ein effizienter und verantwortungsvoller Umgang mit Freiheit und Eigentum ist jedoch nur in einer Umgebung möglich, in der Nähe (gemeint ist ein persönlicher Bezug) und Transparenz herrscht. Dieser Anreiz würde dazu führen, dass die Menschen vermutlich in möglichst überschaubaren regionalen Strukturen zusammenleben. Ein recht treffendes Beispiel hierfür ist die kleine Schweiz mit ihrem Subsidiaritätsprinzip. Was dort nicht unbedingt auf Bundesebene geregelt werden muss, das gestalten die 26 Kantone jeweils nach ihrem entsprechenden Umfeld und Bedürfnissen. Und was noch eine Ebene tiefer erledigt werden kann, wird dann in den über 2.700 Gemeinden beschlossen. Dort aber ist jeder Bürger aufgerufen, an den ihn direkt betreffenden Entscheidungen mitzuwirken.

Geld und Zins

In einer „österreichischen Welt“ würde die Geldmenge relativ konstant bleiben (siehe Abb. 1) bzw. sich nur recht langsam verändern. Erstens würden Finanzierungen deutlich weniger auf Fremdkapi-

talbasis (= Kredite) erfolgen, sondern auf Eigenkapitalbasis (= Ersparnis). Damit aber ist davon auszugehen, dass nur ein kleiner Anteil des umlaufenden Geldes wirklich Kreditgeld (siehe hierzu „Glossar zum Wesen des Geldes“ auf S. 39) und damit zinstragend wäre – alleine schon deshalb, weil der heutige Staat als mit Abstand größter und laufender „Aufschuldner“ ausfiele. Denn kreditwürdig wäre nur derjenige, der das geliehene Kapital für Investitionen verwendet und somit überhaupt realistischere Weise zu einer Rückzahlung fähig ist. Demnach würde also der Treibsatz für eine nachhaltig stark steigende Geldmenge fehlen.

Zweitens stünden den wenigen Krediten, die dennoch vergeben werden (tendenziell an Unternehmen), die Bankrotte gegenüber, die natürlich auch in einer österreichischen Welt vorkommen und die dort auch zugelassen werden.

Bezogen auf die letzte Krise würde dies bedeuten: Die Großbanken der heutigen Zeit hätten in einer „Austrian World“ keine staatliche Hilfe in der Krise von 2008 bekommen. Sie wären demnach gleichsam den Dinosauriern untergegangen, weil sie sich in Geschäfte gewagt hatten, deren negative Konsequenzen sie nicht bedenken wollten (der heutige Grundsatz „too big to fail“ würde nicht gelten). Die mit den Bankrotten verbundene Reduktion der bestehenden Kreditmenge würde also auch die Geldmenge verringern. Damit könnte die Geldmenge in einer österreichischen Welt – trotz der Existenz von Zinsen – nachhaltig relativ konstant bleiben (siehe Abb. 1).

Die Sache mit dem Wachstum

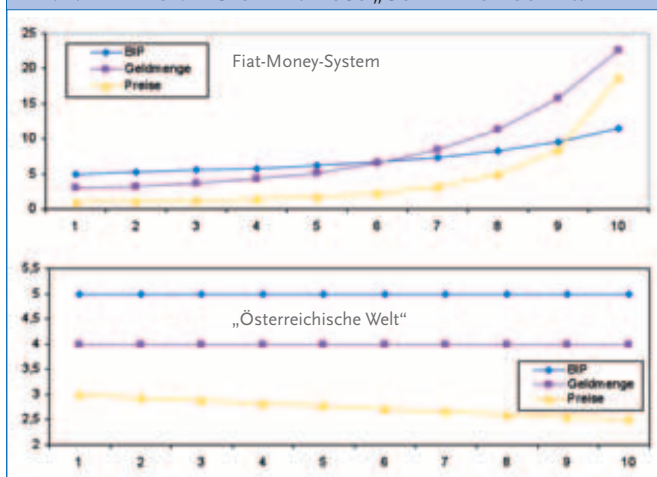
Gemäß dem heutigen Mainstream-Verständnis kann Wachstum nur erfolgen, wenn es durch eine steigende Geldmenge unterfüttert ist. Der Preis, den man für diese Konstellation zu zahlen hat, ist die Teuerung. D.h. das regelmäßige Zuviel an Geld (gegenüber den Gütern) wird über die Zeit in steigende Preise transformiert. Abb. 1 (oben: Fiat-Money-System) verdeutlicht diesen Sachverhalt schematisch.

In einer Welt mit minimalem Staat und wettbewerblichem Geld (Abb. 1, unten: „österreichische Welt“) dagegen würden die Geldmenge und auch die Wirtschaftsleistung jeweils einigermaßen konstant bleiben. Entscheidend hierbei ist, dass sich Kostenvorteile durch technischen Fortschritt und Effizienzsteigerungen dann aber in sinkenden Preisen niederschlagen.³⁾ Schließlich fehlt in dieser Welt der konterkarierende Zins- und Zinseszinsseffekt weitgehend. Wenn also bei gleichbleibender nominaler Wirtschaftsleistung die Güterpreise sinken, dann steigt dementsprechend die reale Wirtschaftsleistung (= Preis mal Gütermenge), d.h. es findet reales (aber kein ausgeprägtes nominales) Wachstum statt.

Preis(-Inflation)

Wenn das Preisniveau nicht automatisch regelmäßig steigt, sondern tendenziell sogar leicht sinkt, dann hat dies natürlich enorme Folgen für das Wirtschaftsleben. Heutzutage bestehen die Anreize für den Konsum oftmals darin, möglichst viele Gü- >>

ABB. 1: FIAT-MONEY-SYSTEM VERSUS „ÖSTERREICHISCHE WELT“



3) Warum trotz technischen Fortschritts und Effizienzsteigerungen in unserer heutigen Zeit dennoch regelmäßig Teuerung herrscht, kann die Mainstream-Ökonomik nicht schlüssig erklären.

Durch eine „österreichische Brille“ gesehen sähe die Welt ganz anders aus.



ter für wenig Geld zu erstehen (quantitative Vorgehensweise). Darüber hinaus muss man auch schnell kaufen, denn in der Zukunft ist der Preis aufgrund der Teuerung schon höher. Slogans wie „Geiz ist geil“ oder „Zahle einmal, bekomme zwei Stück“ („Buy one, get one free“) sind heute völlig normal. Die Qualität des betreffenden Gutes bleibt aber bei solchen Überlegungen außen vor.

In einer „österreichischen Welt“ wäre der Druck auf die Konsumenten, (unnötige und nicht dringliche) Dinge zu kaufen, deutlich geringer. Man könnte und würde sich auch mehr Zeit mit der Kaufentscheidung lassen. Schließlich würden einem die Preise nicht ständig davonlaufen. Dieses Mehr an Zeit würde genutzt werden können, um sich verstärkt auf die Produktqualität zu konzentrieren.

Kritiker der Austrian Economics wenden gerne ein, dass sich bei laufend sinkendem Preisniveau eine Abwartehaltung (Attentismus) unter den Konsumenten breit machen würde, weshalb die Gefahr eine Deflationsspirale drohe. Aber auch diese Kritik greift nicht, wie der Artikel „Keine Angst vor Deflation!“ auf S. 24 zeigt.

Unternehmen und Übernahmen

Auch die Unternehmen würden sehr viel weniger Übernahmeaktivitäten starten. Erstens wäre ja der Fremdkapitalmarkt nicht gut entwickelt, zweitens würde eine sehr viel höhere Risikoaversion bestehen. Und drittens wären „Mergers & Acquisitions“ nicht so angesagt, weil der Teuerungseffekt nicht genutzt werden kann. Schließlich werden heute viele Übernahmen nur deshalb getätigt, weil billiges Geld in großem Maße zur Verfügung steht, welches man zum Marktanteil- und damit Margenausbau verwenden kann (schon wieder eine rein quantitative Überlegung!). Die Intention dabei ist, die Schulden für den Kaufpreis später mit entwertetem Geld zurückzubezahlen.

Dabei weisen nahezu alle Studien zu diesem Thema eindeutig auf, dass Firmenübernahmen fast immer in qualitativer Hinsicht (Stichwort „Culture Clash“, z.B. bei DaimlerChrysler) kontraproduktiv sind und längerfristig – also nachdem die „Synergieeffekte“ über Massenentlassungen „gehoben“ wurden – auch quantitativ/finanziell nicht den erwünschten Erfolg bringen. Schließlich entstehen durch Übernahmen Reibungsverluste wegen zu großer, schlecht zu steuernder Strukturen.

Löhne und Gewerkschaften

Heutzutage organisieren sich viele Arbeitnehmer in Gewerkschaften, welche meist jährlich aktiv werden, auf die Arbeitgeber zugehen und mehr Lohn verlangen – in der Regel mit dem Argument des Teuerungsausgleichs. An diesem Hauptargument lässt sich schon erkennen, dass in einer absolut freiheitlichen Welt mit tendenziell sinkendem Preisniveau Gewerkschaften eigentlich überflüssig wären. Denn wenn die Preise tendenziell stetig fallen, dann steigen die Reallöhne im gleichen Maße von selbst. Die Unternehmer müssten also regelmäßig auf jeden Arbeitnehmer einzeln zugehen (also umgekehrt zu heute) und mit ihm seine individuelle Leistung besprechen und daraus Konsequenzen ziehen. Eine nur mittelmäßige Arbeitsleistung würde demnach zu einer Herabsetzung des Lohns in Höhe des realen Wachstums führen, womit der Reallohn stagniert (etwas anderes ist bei einer mittelmäßigen Leistung auch nicht vertretbar). Die Ausgangs- und Anreizsituation wäre also genau umgekehrt zu heute.

Informationen und Ratings

Es sollte klar geworden sein, dass die maximale Freiheit für die Menschen zugleich erfordert, dass sie bewusst, eigenverantwortlich und damit auch nachhaltig handeln. Dazu aber bedarf es regelmäßiger Informationen über die Entwicklungen in der Welt, mit denen sich die Menschen eingehend auseinandersetzen müssen (statt in „Brot-und-Spiele“-Manier Kulturschrott zu konsumieren). Solche Informationen könnten die Presse oder aber spezielle (Rating-)Agenturen liefern. Aber diese gibt es doch jetzt schon, möchte man meinen. Ja, allerdings gehen die Menschen heute damit völlig verantwortungslos und damit unkritisch gegenüber deren Ergebnissen um. Beispiel 1: Die Industrie erkaufte sich über Anzeigenschaltungen eine genehme Berichterstattung in den Medien, welche von den meisten Menschen dennoch ernst genommen wird; Beispiel 2: Die Rating-

agenturen werden für ihre Einschätzungen von den Kreditnehmern (z.B. Anleihe-Emittenten) bezahlt. Hier sind entgegen dem gesunden Menschenverstand die Anreize völlig falsch gesetzt. Richtig wäre es, wenn die Menschen bereit wären, für wirklich unabhängige und in ihren Diensten stehende Medien höhere Preise zu zahlen. Und richtig wäre es auch, wenn der Kreditgeber für die Bewertung des Kreditnehmers bezahlt. Nur so sind effiziente und wirkungsvolle Anreizstrukturen denkbar.

Geld und Gold

Eine wettbewerbliche Geldordnung würde zuallererst bedeuten, dass die Menschen Geld nicht als staatsgegeben ansehen, sondern sich laufend über dessen Eigenschaften und Qualität Gedanken machen müssen. Dies impliziert, dass hinsichtlich des zu verwendenden Geldes immer eine gewisse Grundskepsis angebracht ist. Schnell würden sich im Marktprozess Güter als Geld etablieren können, welche schon immer einen gewissen Geldcharakter hatten, allen voran Edelmetalle wie z.B. Gold. Entscheidend dabei ist jedoch, dass das zu verwendende Geld nicht staatlicherseits vorgeschrieben wird. Insofern besteht auch nicht die Gefahr der Hortung durch einige wenige reiche Parteien. Schließlich würde sich am Markt sofort ein anderes Geld als gängig etablieren. Zum Thema „Geld und Gold“ sei auf den Artikel „Der Gold-als-Recheneinheit-Standard“ ab S. 74 verwiesen, welcher als zentraler Baustein dieser Sonderausgabe gesehen werden kann.

Pflicht und Kür der Staatsaufgaben

Die wirklich einzige Aufgabe, die der Staat in unserer Utopie-Welt erfüllen müsste, wäre die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit sowie der Schutz von Freiheit und Eigentum. Natürlich wären zusätzlich auch andere Aufgaben wie die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen (Schulen) oder Infrastruktur (Straßen) denkbar, allerdings würden dies die entsprechenden staatlichen Institutionen selbstständig und von Fall zu Fall entscheiden können. Was nicht unbedingt der Staat erledigen muss, könnten auch private Unternehmen bewerkstelligen. Die Umsetzung durch den Staat würde dann nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die Finanzierung gewährleistet werden kann. Aber wie schon ge-

sagt: Die Möglichkeit des Staates, Fiat Money zu kreieren, bestünde dann nicht mehr. Oder anders ausgedrückt: Der Staat kann dann nur das ausgeben, was er einnimmt.

Ein Hauptunterschied zu heute läge auch darin, dass ein wuchernder Staat mit einer Warfare- oder Welfare-Ausrichtung nicht denkbar wäre. Mit Warfare-Staat sind in erster Linie die USA gemeint, die über die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für die kriegerische Aufrechterhaltung ihres Imperiums verwenden. Mit Welfare sind Wohlfahrtsstaaten wie v.a. in Westeuropa gemeint, die sich im politischen Sinne fast nur noch über die schuldenfinanzierte Umverteilung definieren.

Ein „österreichischer Staat“ wäre dagegen sehr schlank, was aber nicht heißt, dass er auch schwach wäre. Ganz im Gegenteil: Recht wird durchgesetzt und Unrecht wird bestraft – ohne Wenn und Aber.

Fazit

Die hier vorgestellte Utopie mag dem einen oder anderen Leser als weltfremd, weit hergeholt oder als völlig unrealistisch erscheinen. Sobald aber unser jetziges Finanz- und Gesellschaftssystem definitiv gescheitert sein wird – der Autor rechnet damit spätestens in fünf Jahren –, werden solche alternativen Überlegungen auch im Mainstream zunehmend Gehör finden. Es waren immer die Utopisten und die „Spinner“, die lange vor den eigentlichen Entdeckungs- und Wissenssprüngen den gedanklichen Boden für die zukünftigen Entwicklungen bereiteten. Oftmals um den Preis, dass sie zu ihren Lebzeiten verlacht wurden.

Die hier vorgestellte Welt ergibt sich teilweise logisch aus der Konstellation eines Geldsystems, welches nicht auf staatlichem Zwang beruht. Bei einigen Punkten wurden vom Autor Annahmen getroffen, die aufgrund der fehlenden Überprüfbarkeit anhand eines konkreten realen Beispiel-Staates nicht als gesichert gelten können. Eine weiterführende Diskussion hierzu wäre sicherlich hilfreich. Als Literatur zu diesem Thema sei das Buch „Krankes Geld, kranke Welt“ von Gregor Hochreiter (siehe Literaturverzeichnis auf S. 118) und die Smart Investor-Ausgabe 8/2010 empfohlen. ■

Investieren in Rohstoffe. Mit den Experten.



Setzen Sie auf stabile Erfolgsgrößen. Langfristig versprechen Edelmetalle, Basismetalle, Agrarrohstoffe sowie der Energiebereich das größte Potenzial. Daher bilden diese Sektoren das Kerninvestment der Stabilitas Fonds.

Nutzen Sie das Expertenwissen und die Erfahrung von **Martin Siegel** und investieren Sie in die Stabilitas-Fonds.

Erfolgreichste Stabilitas Fonds 2010

- ▶ **Stabilitas Silber+Weissmetalle**
AOKFA1 | LU0265803667
- ▶ **Stabilitas Pacific Gold+Metals**
AOML6U | LU0290140358
- ▶ **Stabilitas G+R Special Situations**
AOMV8V | LU0308790152

Stabilitas GmbH
Wittenbrede 1 | 32107 Bad Salzuffeln
Tel. +49.5222-795314 | Fax: +49.5222-795316
info@stabilitas-fonds.de | www.stabilitas-fonds.de

www.stabilitas-fonds.de

Diese Anzeige dient ausschließlich Informationszwecken und stellt keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Fondsanteilen dar. Alleine Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu diesem Fonds (jeweils aktueller Verkaufsprospekt, Rechenschaftsbericht, Jahres- bzw. Halbjahresbericht sowie das Verwaltungsreglement). Die Prospekte und Berichte sind bei folgenden deutschen Informationsstellen erhältlich: DONNER & REUSCHEL AG, Ballindamm 27, D-20095 Hamburg und DZ BANK AG, Platz der Republik, D-60265 Frankfurt a.M. Investoren sollten sich bewusst sein, dass die zukünftige Performance erheblich von vergangenen Ergebnissen abweichen kann. Insofern kann die zukünftige Wertentwicklung der Fonds nicht zugesichert werden. Eine Garantie für die Richtigkeit aller Angaben kann nicht übernommen werden. Änderungen vorbehalten.